

# Haushaltsplan 2015 Entwurf



Annekathrin Grehling  
Stadtkämmerin der Stadt Aachen

Es gilt das gesprochene Wort

**Sperrfrist:**  
22. Oktober 2014 17.00 Uhr

Haushaltsrede  
Einbringung des Haushalts der Stadt Aachen  
für das Haushaltsjahr 2015

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,  
sehr geehrte Damen und Herren,

im August musste ich Ihnen die Rückkehr aus dem Urlaub mit dem Erlass der Haushaltswirtschaftlichen Sperre verderben. Aber - so habe ich gesagt -, ich wäre zuversichtlich, heute den Haushaltsplan 2015 einbringen zu können.

Nun, es ist vollbracht. Am Ende steht nichts, was Begeisterung auslösen könnte, nichts, was uns Sicherheit gibt. Noch nie war die Zeit bis zur Einbringung von einem solchen Auf und Ab geprägt. Noch am Tage der Drucklegung trudelten die letzten Zahlen ein.

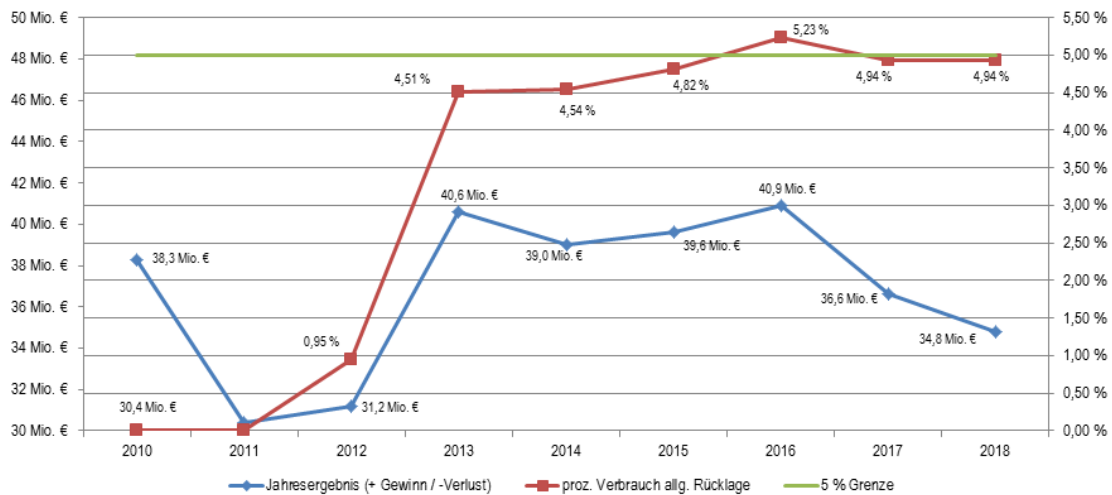
Die Bemühung um einen möglichst frühen, entsprechend den gesetzlichen Vorgaben, einzubringenden Haushaltsplanentwurf wird zunehmend durch die Unsicherheit maßgeblicher Planfaktoren und deren Entwicklung bestimmt.

Bereits vorab möchte ich meinem Team in der Finanzsteuerung herzlich danken, dass sie sich da durchgebissen haben und vor allem mit welchem Einsatz sie das gemacht haben. Das war sicher nicht selbstverständlich.

Der Haushalt der Stadt Aachen und der Ihnen vorzustellende Entwurf, sie sind Spiegelbild der inhaltlichen Herausforderungen, Chancen und Risiken, denen Sie alle in Ihren Debatten begegnen; sie sind geprägt von einem Wechselbad der Erfolge und neuen Belastungen, die in ihrem Umfang nicht immer abschließend greifbar sind.

Dies ist nun das Ergebnis unserer Vorplanungen und Erwartungen:

## Fiskalische und prozentuale Entwicklung des Fehlbedarfs



Hinweis:  
2010 bis 2012 sind Ist-Werte  
2013 bis 2018 sind Planwerte



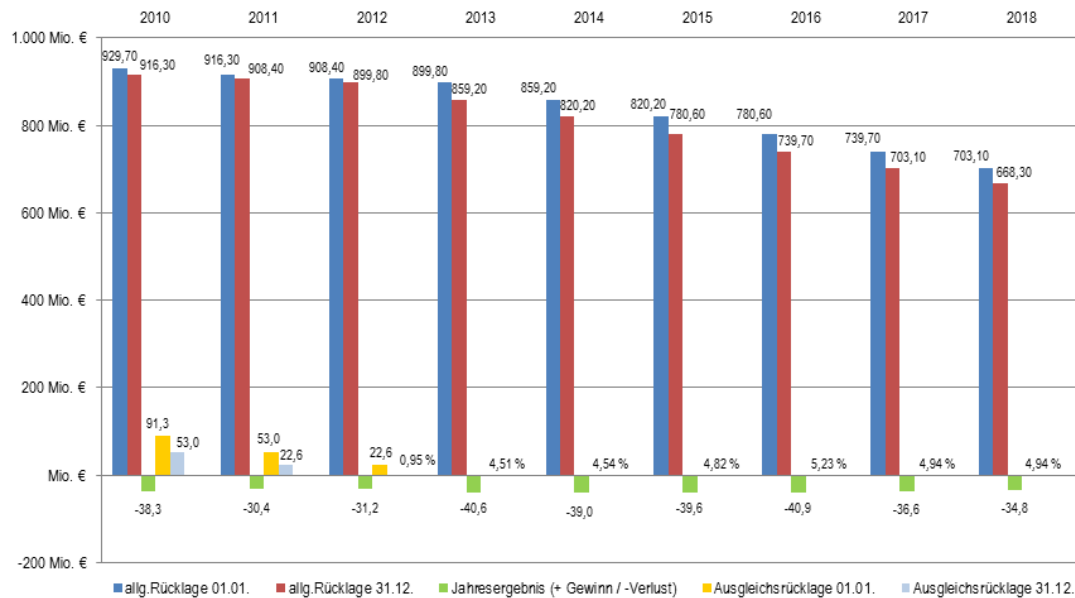
### In Worten:

Das Jahr 2015 schließt mit einem Fehlbedarf von rd. 39,5 Mio. Euro und einem Eigenkapitalverzehr von 4,82 % ab.

Das Jahr 2016 mit einem Fehlbedarf von rd. 40,8 Mio. Euro und einem Eigenkapitalverzehr von 5,23 %. Das Jahr 2017 mit einem Minus von rd. 36,5 Mio. Euro und ebenso wie das Jahr 2018 mit einem Eigenkapitalverzehr von 4,94 % bei einem Fehlbedarf von rd. 34,7 Mio. Euro.

So sieht demzufolge die Entwicklung des Eigenkapitals in einer kontinuierlichen Linie des strukturellen Defizits aus.

## Entwicklung des Eigenkapitals seit 2010



Hinweis:  
 2011 entspricht dem Ergebnis des Jahresabschlusses  
 2012 Basis ist der Entwurf des Jahresabschlusses (Plan 39,9 Mio. €)  
 ab 2012 Darstellung des prozentualen Verbrauchs der allg. Rücklage



Dabei ist zu berücksichtigen, dass in dieser Darstellung bereits das Ergebnis des Jahresabschlusses 2011 - zur Zeit in Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt - sowie das voraussichtliche Ergebnis des Jahresabschlusses 2012, der Ihnen heute auch zur Kenntnis gebracht wird, verarbeitet sind.

Nun werden sich die einen vielleicht entspannt zurücklehnen. Denn natürlich erkennen Sie alle, dass hier dem Grunde nach als Beratungsgrundlage ein genehmigungsfähiger Haushaltsplan auf dem Tisch liegt. Allen Unkenrufen zum Trotz. Wieder einmal geklappt.

Auf rheinisch: Et hät noch immer jod jejang.

Also alles Routine, ein Ritual? Vielleicht ein wenig, dennoch, im Sinne des Satzes von Christian Morgenstern hoffe ich:

„Man sieht oft etwas hundert Mal, tausend Mal, ehe man es zum ersten Mal wirklich sieht.“

Und dieser Satz gilt wohl auch für den berechtigten Ernst der Lage.

Es wird ja nicht besser, es wird schlechter von Jahr zu Jahr. Diese Planung prognostiziert eine Verschlechterung gegenüber der letztjährigen Planung; eine Verschlechterung zwischen rd. 1 und 4 Mio. Euro pro Jahr. Wer sich erinnert an das letzte Jahr und das tut natürlich jeder – weiß, wie dünn die Luft zum Atmen wird. Auch der Erlass der haushaltswirtschaftlichen Sperre ist ein Beleg dafür, wie eng die Planungen sind, welche enormen Auswirkungen es haben kann, wenn gerade in den Eckpfeilern der Planungen Fehlerwartungen liegen. Der Haushalt steht auf des Messers Schneide.

Haushaltsrede  
Einbringung des Haushalts der Stadt Aachen  
für das Haushaltsjahr 2015

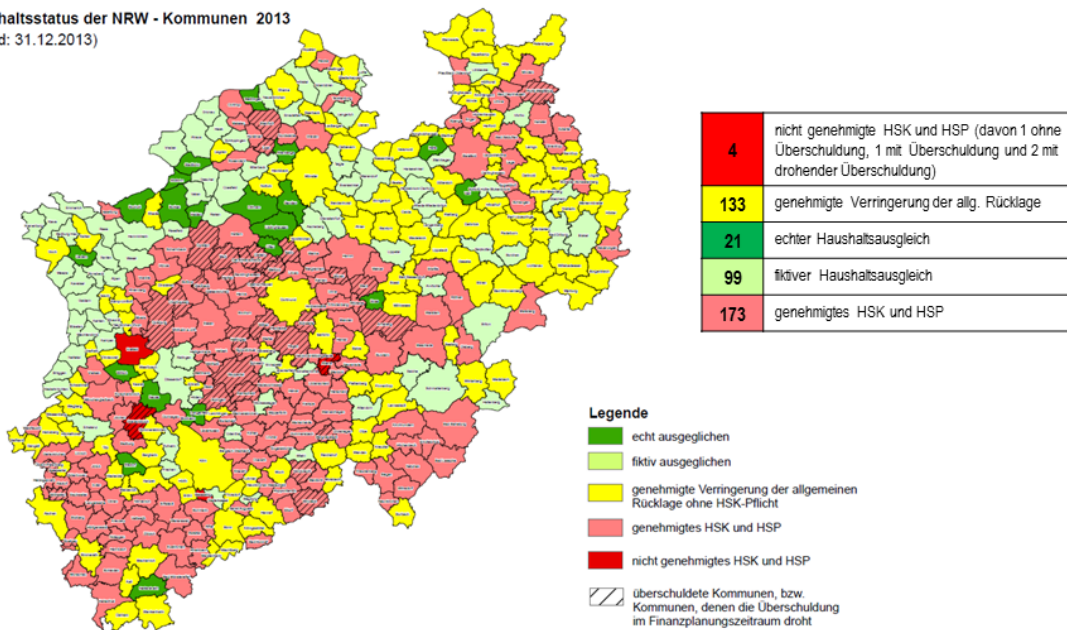
Wir haben alles daran gesetzt, den Absturz zu vermeiden. Wir haben Anmeldungen reduziert, Vorgaben gemacht und in Vorschläge umgesetzt, die Ihre Zustimmung und Unterstützung finden müssen.

Auch der genehmigungsfähige Haushaltsplanentwurf ist kein Signal der Entspannung, eher das Signalhorn eines Einsatzfahrzeuges. Schon manch einer ist der Hoffnung erlegen, mit den Erleichterungen des Gesetzes, sein Heil in der Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes zu suchen und zu finden. Aber auch ein Haushaltssicherungskonzept ist – anders als in früheren Zeiten – in der Tat ein strenges Korsett, das noch nicht einmal vor weiteren Belastungen bewahrt.

Viele kennen die folgende Folie aus dem letzten Jahr. Sie stellt die Haushaltssituation der nordrhein-westfälischen Kommunen dar. Auf den ersten Blick im Vergleich zu der Darstellung des letzten Jahres, die den Stand 2012 wiedergab, bildet sich eine Verbesserung ab. Kommunen ohne Haushaltsstatus sind in den Status des Haushaltssanierungsplans oder des Haushaltssicherungskonzeptes gerutscht. Jeweils verbunden mit strengen Vorgaben und Voraussetzungen. Auch manche unserer Nachbarkommunen können davon berichten oder besser gesagt die meisten:

## Haushaltsstatus der Kommunen in NRW 2013

Haushaltsstatus der NRW - Kommunen 2013  
(Stand: 31.12.2013)



Quelle: Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen



In der Städtereion gibt es nur noch 3 Kommunen, denen die Haushaltsgenehmigung mit Hilfe des Rückgriffs auf die allgemeine Rücklage zu Teil wird: Baesweiler, Simerath und Aachen.

Kaum mehr nachzuvollziehen dabei: obwohl Roetgen eine Haushaltssicherungskommune ist, darf, muss sie in den Topf des Stärkungspaktes einzahlen.

Meine Damen und Herren,

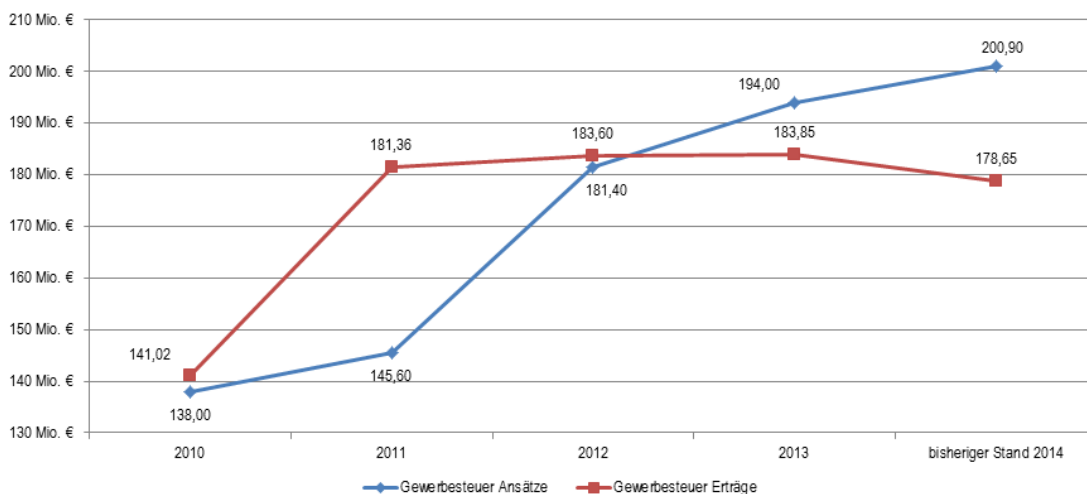
hier nun die wesentlichen Eckpunkte des Haushaltsplanentwurfs.

Erstens zur Ertragsseite:

Wie Sie spätestens seit der Haushaltswirtschaftlichen Sperre vermuten konnten, waren in der Haushaltsplanung 2015 Anpassungen nach unten erforderlich.

Werfen wir einen Blick auf die Ertragssituation:

## Entwicklung der Gewerbesteuer mit Gegenüberstellung von Ansätzen und Erträgen



Nach wie vor liegen die Ertragnisse der Gewerbesteuer auf einem hohen Niveau. Allerdings muss man das Ergebnis der Erhöhung des Hebesatzes des Jahres 2014 dabei berücksichtigen. Zieht man die uns bekannten weiteren Entwicklungen hinzu, kommt man in der Prognose auf ein Gewerbesteuersoll von 180 bis 183 Mio. Euro für das laufende Jahr.

Haushaltsrede  
Einbringung des Haushalts der Stadt Aachen  
für das Haushaltsjahr 2015

Die Diskrepanz zu den bestehenden Planungen ist offenkundig. Aufgrund dieses Ergebnisses und unter Berücksichtigung der stehenden Vorauszahlungsbescheide haben wir den Ansatz auf 186 Mio. Euro für das Jahr 2015 korrigiert, rd. 9% geringer gegenüber der alten Planung, und diesen neuen Sockel mit einem jährlichen Zuwachs von 1,5% versehen auf rd. 195 Mio. Euro in 2018.

Diese Daten sind keine Vorboten des seitens der Wirtschaftsforscher nach unten korrigierten Wachstums der Bundesrepublik Deutschland. Die Wenigererträge sind vielmehr auf Einzelergebnisse zurückzuführen, auf Verlagerungsentscheidungen und neue gesellschaftsrechtliche Strukturen, die die bisherigen Steuererträge der Stadt Aachen entziehen und sie verlagern, in andere Gebiete der Städtereion oder in andere kreisfreie Städte. Diese Verlagerungen haben nichts mit der Höhe des Gewerbesteuerhebesatzes zu tun, sondern mit der jeweiligen Unternehmensstruktur und flächenbezogenen Entscheidungen.

Sie beschreiben damit aber zugleich einen Strukturwandel, dem sich auch die Stadt Aachen stellen muss und stellt, indem sie Raum schafft für Umwandlung und Neuansiedlung neuer Unternehmen und Geschäftsinhalte.

Die Fülle der kleinen und mittelständischen Unternehmen bildet nach wie vor einen soliden Rahmen im Kreise der Steuerpflichtigen.

Darauf setzen wir in unseren zukünftigen Planungen, trotz aller bedenklichen bundesweiten Meldungen.

Meine Damen und Herren,

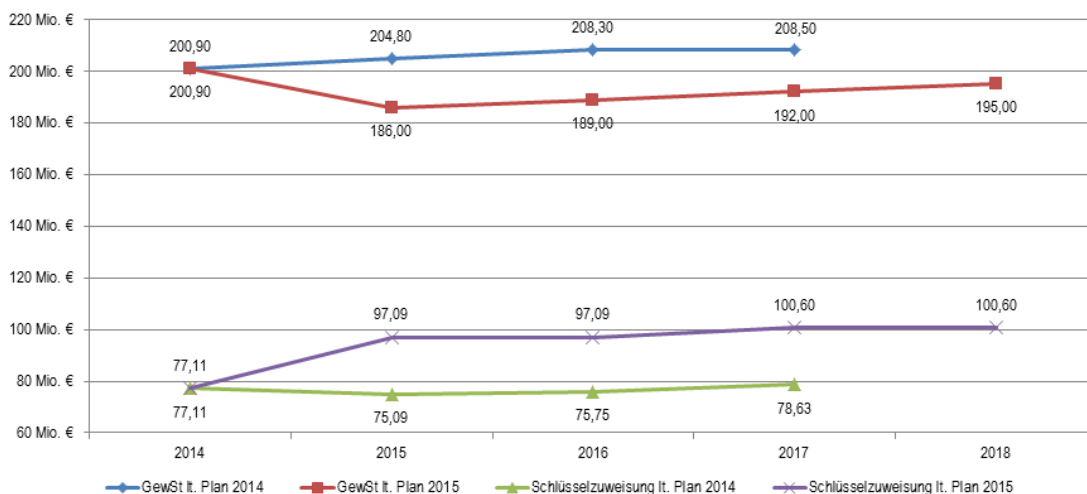
mit den Erwartungshaltungen in Bezug auf die Erträge der Gewerbesteuer gehen - wie Sie wissen - immer Hand in Hand die Einschätzungen der zu erhaltenden Schlüsselzuweisungen. Die erste Modellrechnung für das Jahr 2015 hat - wenn auch diesmal höchsterfreulich - einmal mehr gezeigt, wie unberechenbar dieser Faktor eigentlich ist.

Der Ihnen jetzt vorgestellte Haushaltsplanentwurf weist gegenüber der letztjährigen Planung ein Mehr von rd. 22 Mio. Euro aus. Dieser auf der Grundlage der ersten Modellrechnung sich ergebende Zuwachs für das Jahr 2015 wird über den Gesamtzeitraum der mittelfristigen Planung unterstellt. Das Minus der eigenen geplanten Steuerkraft der Gewerbesteuererträge findet sich in der Entwicklungslinie in dieser Planung wieder.

#### Zwei Parameter prägen unsere Planungen:

1. Die Verbundmasse bleibt in absoluter Höhe konstant bzw. kann auch in Zukunft von einem landesweiten Zuwachs profitieren, wie er sich in den Orientierungsdaten des Landes ausdrückt.
2. Die Stadt Aachen wird zwar ebenfalls im Vergleich der Gewerbesteuererträge zum Vorjahr zulegen, aber deutlich hinter den Orientierungsdaten zurückbleiben, die einen Zuwachs von bis zu 3% prognostizieren.

## Gegenüberstellung Gewerbesteueransätze und Schlüsselzuweisungsansätze der Haushalte 2014/2015





Früher verband sich das Wort volatil immer mit den Erwartungen der Gewerbesteuer. Volatil von lateinisch volatilis: veränderlich, beweglich oder flüchtig. Mit der ihr zu eigenen Planschwäche und Unsicherheit verband sich eine Grundsatzdebatte um die Gewerbesteuer und eine - so wurde vielfach empfohlen - Reform der Besteuerung.

Ich will diese Debatte nicht auf das Thema der Schlüsselzuweisung übertragen. Denn Reformen machen nur Sinn, wenn man eine Alternative hat. Dem System des kommunalen Ausgleichs an sich ist aber kaum etwas entgegenzusetzen. Die fortlaufenden Debatten um die Änderungen inhaltlicher Parameter, die Beteiligung der Kommunen an der Finanzierung des Stärkungspaktes über die Verbundmasse, Zu- und Abrechnungsfaktoren, die auch die Berechnung der Verbundmasse erschweren, geschweige denn, deren Verteilung kalkulierbar machen, sind jedoch eine enorme Belastung der kommunalen Planung. Nicht ohne Grund fordert der Deutsche Städtetag die frühzeitige Ausgabe der Orientierungsdaten und Modellrechnungen, damit jedenfalls der Hauch von Gewissheit entstehen kann.

Diese Ungewissheit hat uns auch dazu bewogen, dies sei eingeräumt, abweichend von der 1. Modellrechnung in unserer Planung 2 Mio. Euro weniger Schlüsselzuweisungen auszuweisen. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Entwurfs wurde darauf hingewiesen, dass die Berechnung der zu verteilenden Masse im Rahmen einer zweiten Modellrechnung eher zu Abstrichen führen würde.

Am 17. Oktober 2014 nun ist die zweite Modellrechnung vorgelegt worden. Danach hat sich die erste Modellrechnung allen Unkenrufen zum Trotz bestätigt. Das heißt also, dass Sie in der ersten Veränderungsnachweisung eben diese rd. 2 Mio. Euro, jedenfalls für das Jahr 2015, wiederfinden werden. Aber lassen Sie mich das so sagen - und das wird Sie nicht verwundern, lassen Sie sich nicht verleiten, dieses Mehr direkt zu konsumieren.

Bevor Sie das tun, gönnen Sie sich noch einmal den Blick auf die bisherigen Ergebnisse und bedenken Sie die vor der Tür stehenden Risiken, die ich im Folgenden noch beschreibe und bedenken Sie auch, es kann und darf nicht das Ziel einer gesunden Haushaltspolitik sein, auf Dauer mit einem angesichts des Gesamtvolumens minimalen Teil unter der Grenze des Nothaushalts zu bleiben. Wenn es uns nicht gelingt hier den Spielraum zu erhöhen, hin zu einem regulär ausgeglichenen Haushalt, wird der erste Windstoß schwindelnder Wirtschaftskraft uns umpusten.

Gewerbesteuer und Schlüsselzuweisung sind die tragenden Säulen unserer Ertragsstruktur.

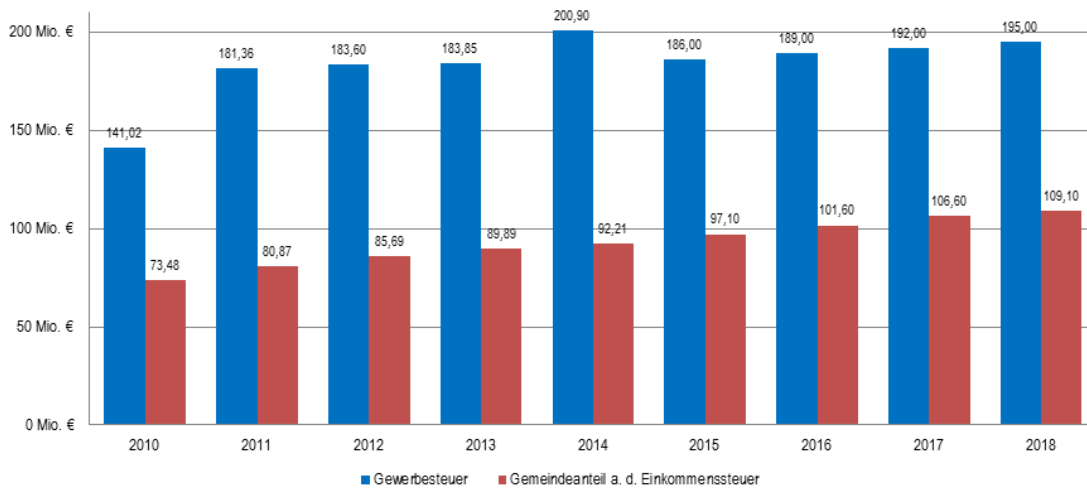
Erfreulich stabil in der Entwicklung zeigt sich die Einkommensteuer. Wenngleich auch hier gilt: Übermut ist nicht angezeigt. Bis zum 14. Oktober 2014 konnten wir noch davon ausgehen, dass die Einkommensteuer im laufenden Jahr allein die Ergebnisse der ersten beiden Quartale hätte wiederholen müssen und es wäre zu einer deutlichen Überschreitung des Planansatzes gekommen. Dann kamen die Ergebnisse des dritten Quartals und diese Vorfreude zerschlug sich.

#### Gleichwohl:

Die Einkommensteuer hält sich an die geplanten jährlichen Zuwachsraten, die wir auch im Vorjahr an den Orientierungsdaten gemessen haben. Dies haben wir auch diesmal getan. Damit haben wir den

Ertragssockel in der Planung angehoben auf rd. 97 Mio. Euro in 2015 und für die mittelfristige Planung auch vorsichtig die Landesorientierungsdaten herangezogen.

## Entwicklung der *Gewerbe- und Einkommensteuer* seit 2010

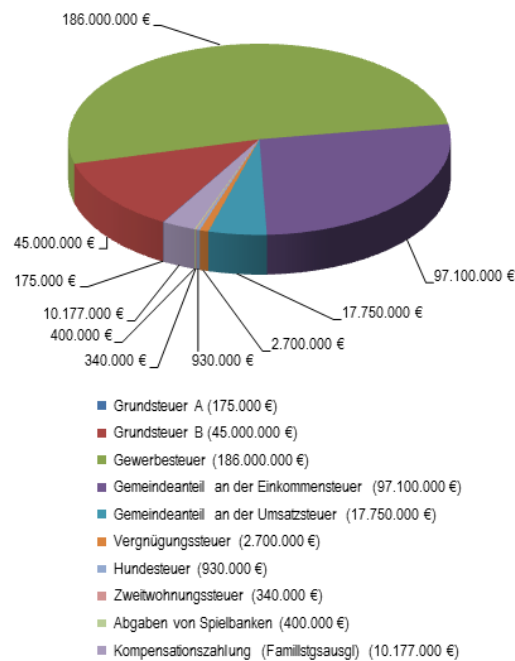


Hinweis:  
2010 bis 2013 sind Ist-Werte



Die sonstigen Erträge haben wir in der Planung weitgehend unberührt gelassen, wenngleich sich auch hier im Rahmen der unterjährigen Bewirtschaftung immer wieder Abweichungen feststellen lassen.

## Steuerstruktur des Haushaltsplans 2015



Insgesamt verbessern sich die Erträge im städtischen Haushalt 2015 um ca. 5 % gegenüber dem Planjahr 2014.

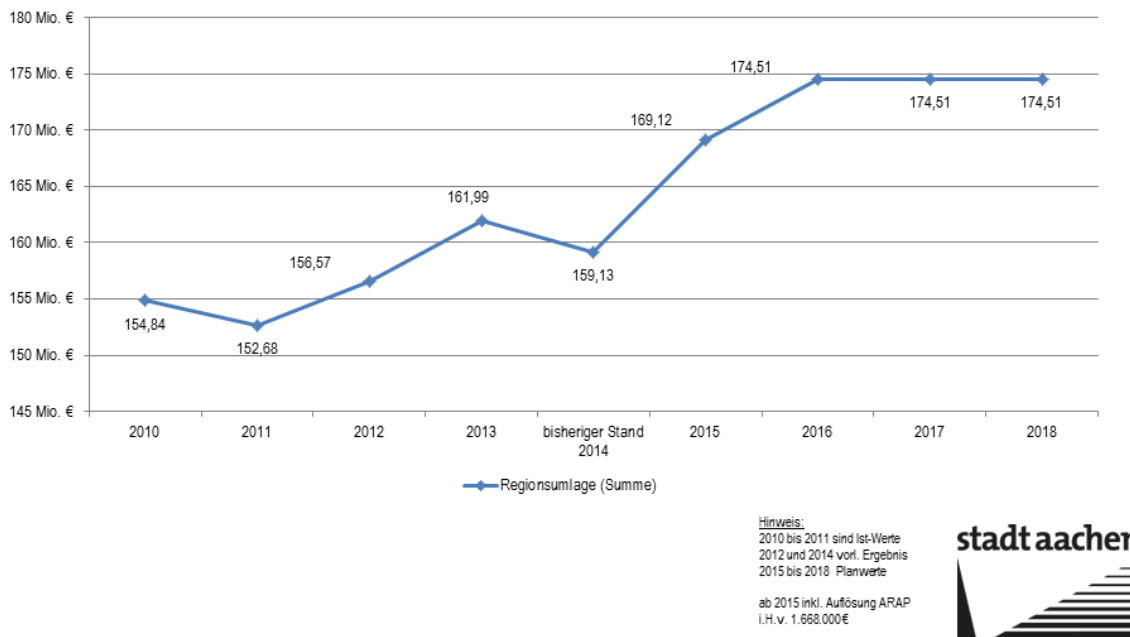
Noch einmal die größte Ertragssteigerung ist dabei allein auf die Zuweisungen des Landes zurückzuführen. Gegenüber der alten Planung sinken die Erträge aus Steuern von rd. 45 % netto 2014 auf knappe 43 %.

Der relativ hohen Ertragssteigerung steht allerdings eine entsprechende Steigerung der Aufwendungen gegenüber, von knapp 828 Mio. Euro in 2014 auf 867 Mio. Euro in 2015.

Auch hier sind die wesentlichen Faktoren schnell ausgemacht.

Zunächst ist die an die Städteregion zu leistende Umlage zu nennen.

## Entwicklung der Regionsumlage ab 2010



Auf der Grundlage der uns zugeleiteten Eckdaten des Entwurfs eines Doppelhaushalts der Städteregion für die Jahre 2015 und 2016 im Rahmen der Benehmensherstellung war die von der Stadt Aachen zu zahlende Umlage auf rd. 169,1 Mio. Euro für 2015 und rd. 174,5 Mio. Euro für die Finanzplanjahre einzuplanen. Diese Beträge beinhalten jährliche Aufwendungen für die Auflösung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens aus Vermögensübergängen bei der Stadt Aachen in Höhe von 1.668.000 Euro. Insgesamt entspricht das zunächst einer Verschlechterung gegenüber unserer bisherigen Planung von zw. 11 und 16,5 Mio. Euro pro Jahr.

Saldiert verbleibt ab dem Jahr 2016 eine Mehrbelastung von rd. 13 Mio. Euro., wenn man die Besonderheiten der Kostenverteilung zwischen der Stadt Aachen und der Städteregion durch die Begrenzung der Lasten auf die durch den Aufgabenverbund - im Wesentlichen - verursachten Aufwendungen im Wege einer Schätzung mit einstellt.

Ursächlich sind insbesondere die über die Städteregion zu leistenden, gestiegenen Sozillasten - und zwar trotz der gewährten Entlastungen durch den Bund - sowie die ebenso steigende vom Landschaftsverband erhobene Umlage.

Allerdings verbergen sich in der Berechnung auch eigene freiwillige Lasten und Kostensteigerungen. Insgesamt führt die Regionsumlage zu von den Kommunen kaum oder nicht zu stemmenden Belastungen. Daher ist es ein berechtigtes Anliegen, auch von der Städteregion eigene - mehr noch als bisher - Konsolidierungsbemühungen einzufordern. Freiwillige Leistungen zu übernehmen, die den

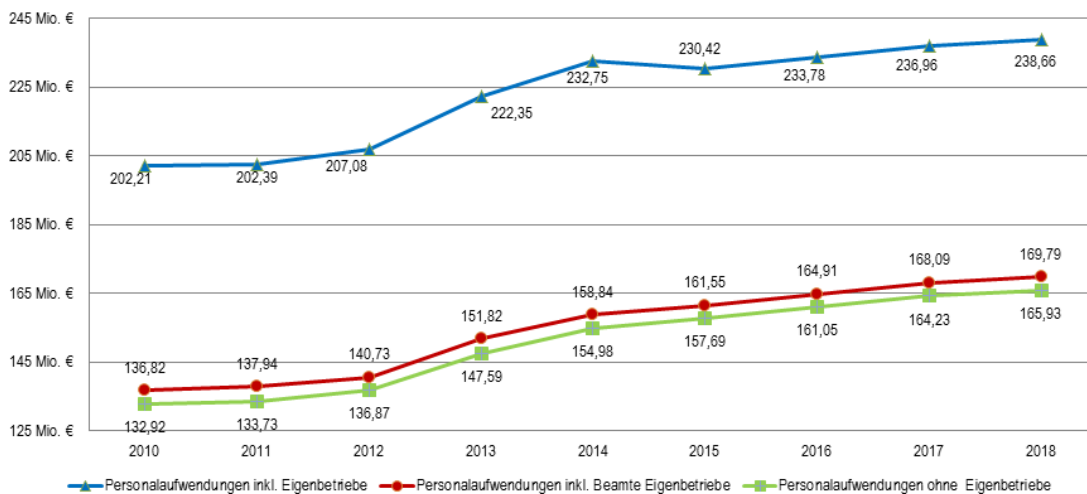
Haushaltsrede  
Einbringung des Haushalts der Stadt Aachen  
für das Haushaltsjahr 2015

Kommunen verwehrt sind, Standards zu verbessern, während die Kommunen darum ringen, nötige Verschlechterungen den Bürgern zu vermitteln, kann nicht der richtige Weg sein.

Die weiteren erheblichen Aufwandsfaktoren will ich Ihnen an Hand folgender Folien skizzieren:

1. Der nunmehr mit zw. rd. 161,5 Mio. Euro und knappen 170 Mio. Euro angesetzte Personalaufwand.

## Entwicklung der Personalaufwendungen seit 2010



Hinweis:  
2010 bis 2012 sind Ist-Werte  
2013 bis 2018 Planwerte



Das entspricht einer Steigerungsrate von rd. 7 % zwischen dem Haushaltsjahr 2014 und dem letzten Jahr der mittelfristigen Planung 2018.

Aufgeschlüsselt auf die Jahre steht diese Steigerungsrate für die Übernahme der tarifbedingten Steigerungen in 2015, der Übernahme der im Personal- und Verwaltungsausschuss beschlossenen Neueinstellungen, insbesondere im Erziehungs- Brand- und Katastrophenschutz, sowie weiterer Personaleinstellungen für die Begleitung der Flüchtlingsaufnahme, gleich ob unbegleitete minderjährige Flüchtlinge oder jene, die in den Zuständigkeitsbereich des Fachbereichs Soziales und Integration fallen.

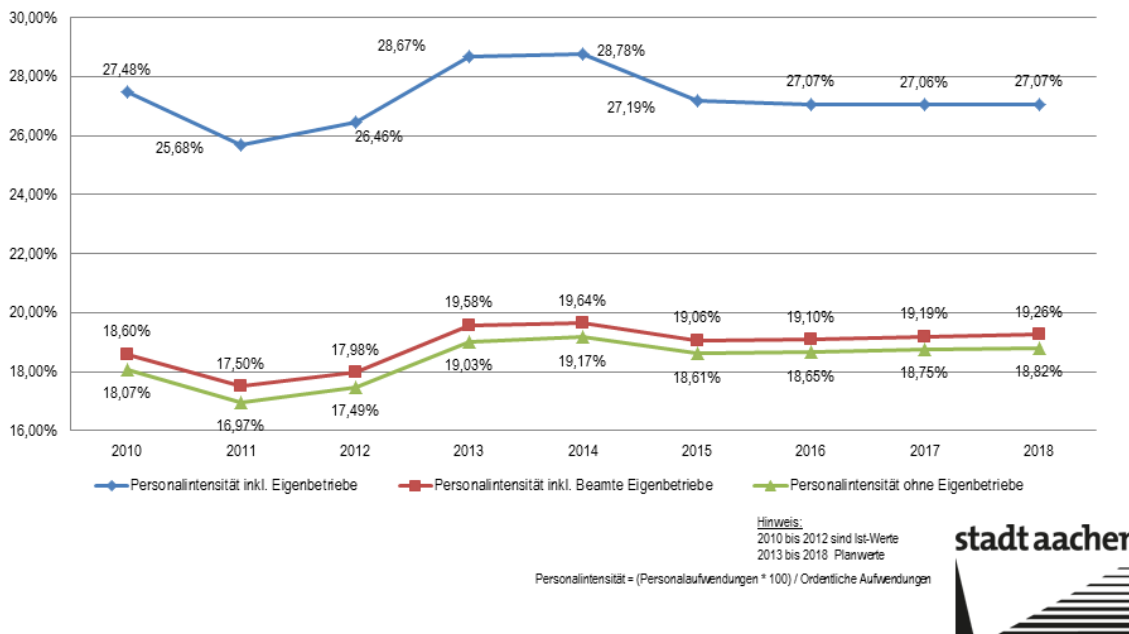
Damit ist das gesamte - aus Ihrer Sicht sicherlich notwendige Portal - noch nicht abgearbeitet. So brauchen wir noch eine Lösung für die Frage der Übernahme der Schulsozialarbeiter, ebenso wie z.B. auch für noch weiter steigenden Personalbedarf im Bereich der Flüchtlingsbetreuung.

Dennoch hält dieser Haushalt an der Zielvorgabe der 1% igen Fortschreibung des Sockels, der vom Personal- und Verwaltungsausschuss beschlossene Stellenbesetzungen berücksichtigt, fest. Und ich bin mir darüber im Klaren, was das bedeutet.

Haushaltsrede  
Einbringung des Haushalts der Stadt Aachen  
für das Haushaltsjahr 2015

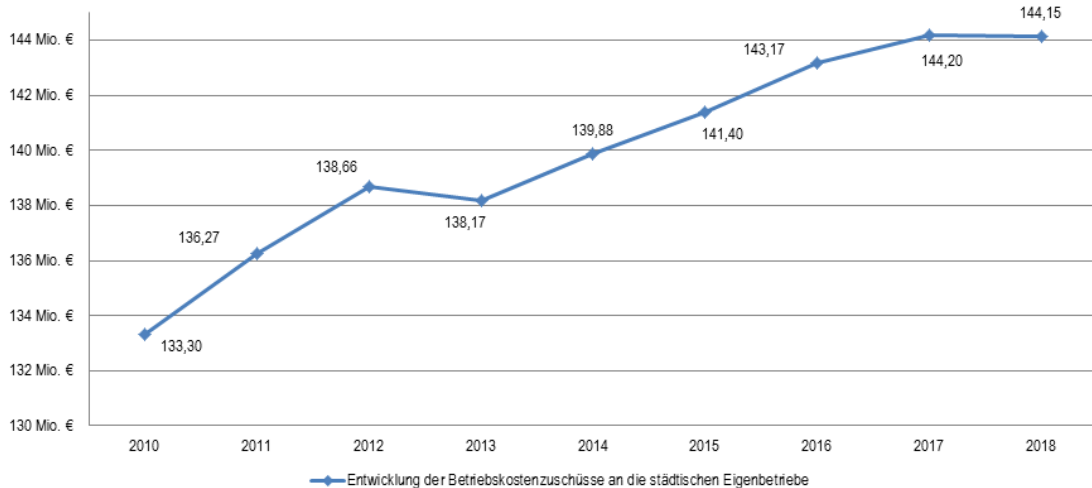
Gegner würden einwenden, nicht machbar. Wir sind am Limit. Und sie könnten auf einen möglichen Vergleich der im Haushalt abzubildenden Personalintensität verweisen. Wir haben verschiedene Vergleichswerte anderer Kommunen herangezogen, aber das ist nur eine Seite der Medaille, beziehen wir die Eigenbetriebe ein, ändert sich das Bild:

## Entwicklung der Personalintensität seit 2010



Uns fehlen im Vergleich abschließende Erkenntnisse über die strukturelle Zuordnung der Daten anderer kommunaler Haushalte. Tatsache ist und bleibt aber, dass natürlich in den Zuschüssen an die Eigenbetriebe Personalaufwendungen enthalten sind und wesentliche Erhöhungen gerade auch auf die Steigerung dieser Kosten zurückzuführen sind.

## Entwicklung der Gesamtsumme der Betriebskostenzuschüsse an die städtischen Eigenbetriebe



Hinweis:  
2010 bis 2013 sind Ist-Werte  
2014 bis 2018 Planwerte



Und erlauben Sie mir den Hinweis, dass in dieser Darstellung die Verlustübernahme etwa des Theaters im Jahre 2011 oder die gerade erst erfolgte Zinsstundung an den Eurogress nicht enthalten sind.

Enthalten ist auch eine angepasste Zuschusserhöhung an das Gebäudemanagement, die gerade aus Liquiditätsgründen erforderlich ist. Insgesamt gesehen wird dem Eigenbetrieb damit - ganz im Trend allgemeiner kommunaler Entwicklung - die Hinwendung zu mehr Eigenleistung, auch durch mehr eigenes Personal, um HOAI kostenträchtige Vergaben zu vermeiden, ermöglicht. Grundsätzlich ist es natürlich richtig, den jeweils kostengünstigsten Weg einer Aufgabenerledigung zu suchen. Im Vordergrund einer bestehenden Ressourcenknappheit muss allerdings nicht allein das „Wie“ einer Leistung stehen, sondern auch das „Ob“. Wann kann ich mir was leisten und wie mach ich das am Günstigsten? Ist alles auch so geplant, wie es realistischer Weise auch im Zeitplan umgesetzt werden wird, ja kann?

Die Fülle von Ermächtigungsübertragungen mit einer Gesamtsumme von rd. 103 Mio. Euro im Jahresabschluss 2012 sollte jedem vor Augen führen, dass hier das Gewollte zu früh Eingang in die finanzielle Planung gefunden hat. Hier müssen für die Zukunft strengere Maßstäbe gefunden werden. Ebenso wie sich die Frage der Flächenkritik, auch federführend durch den Bereich des Gebäudemanagements begleitet, stellen muss.

2. Insgesamt machen die Mittel zur Aufnahme und Betreuung der Asylbewerber einen wesentlichen Teil unserer einzuplanenden aufzubringenden Transferaufwendungen aus.

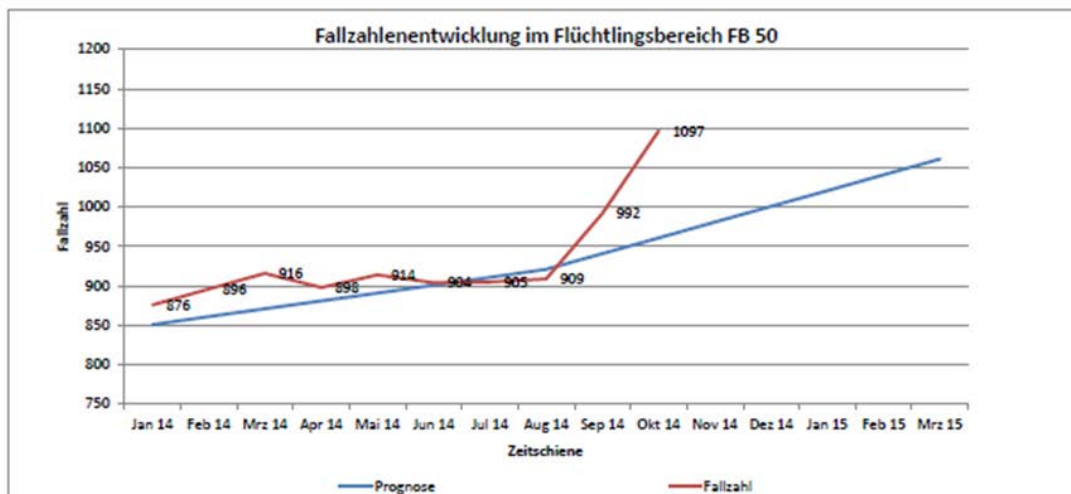
Sie steigen von 9,6 Mio. Euro in 2015 auf 14,8 Mio. Euro in 2018. Dies bedeutet eine Steigerung von zw. 3,5 und 7,2 Mio. Euro jahresbezogen gegenüber der letztjährigen Planung. Und darauf brauche ich nicht hinzuweisen, hier besteht kaum Planungssicherheit, ob und inwieweit das die real eintretenden Belastungen hinreichend abbilden wird.

Noch kurz vor Einbringung des Haushalts mussten weitere 420.000 Euro für die Aufstockung der personellen Betreuung frei gegeben werden, um neuen angekündigten Flüchtlingen gerecht werden zu können.

Nun lässt sich gerade hier trefflich argumentieren, dass Land oder der Bund mehr an der Kostenlast teilhaben müssten. Das Land, so scheint mir, war allerdings mit der Aufgabe wohl noch mehr überrollt worden, als so manche Kommune. Zwar lässt das Ergebnis des Flüchtlingsgipfels hoffen, doch auch hier weiß man noch nicht, ob das Gesamtpaket der Hilfen von 46 Mio. Euro für die Kommunen zu einer faktischen Entlastung hier vor Ort führen wird, oder „nur“ ein noch Mehr verhindert.

Natürlich hält die Stadt Aachen an dem Ziel der dezentralen Versorgung fest und natürlich wollen wir nicht im Ansatz in den Strudel der Standarddiskussionen einbezogen werden, aber die quasi über Nacht erfolgende Zuteilung von bis zu 80 Flüchtlingen kann nicht immer sofort nach alter Zielsetzung und gewünschtem Muster erfolgen.

## Fallzahlenentwicklung Flüchtlinge im Bereich FB 50





Was in anderen Städten schon Gang und Gäbe ist, soll sich hier nicht wiederholen. Es wird aber auch der Stadt Aachen nicht gelingen ungewünschte Lösungen nachhaltig zu vermeiden. Niemand hat sich auf diesen Zustrom von Menschen eingestellt. Wohnungen und Häuser können nicht über Nacht gebaut werden. Wir brauchen die Mithilfe auch der privaten Hausbesitzer und die erfreulicherweise bei uns im Allgemeinen nicht sinkende Bereitschaft, den Menschen zu helfen - im Gegenteil, diese Bereitschaft steigt.

Diese Bereitschaft in Frage zu stellen, wie es manchmal im politischen Raum geschieht kann nicht richtig sein und wird auch nicht unsere Handlungsmaxime. Wir haben eine Aufgabe und die werden wir erfüllen. Wir hoffen für uns alle, auch für die Betroffenen, dass ein Weg gefunden werden möge, die Ursachen für diesen Zustrom zu beseitigen. Angesichts des bestehenden Fanatismus und Terrorismus, getragen von Ideologie oder vermeintlich der Religion, habe ich Zweifel, wie das gelingen kann. Aber jedenfalls sollte ein Baustein darin bestehen, dass hier in der Stadt Aachen auch für die Zukunft Vertretern entsprechender Extrempositionen keine auch noch so kleine Tür geöffnet wird.

3. Neben diesem Thema der Flüchtlinge mutet ein weiteres Thema nüchtern an:

Mögliche Verlustübernahmen zugunsten des Stadtkonzerns.

Bevor ich hier weiter inhaltlich ausführe, gestatten Sie mir einen kleinen Ausflug. So berichteten die Zeitungen am Wochenende über den mangelnden Informationsfluss hinsichtlich relevanter Daten auch des Haushalts und insbesondere in Bezug auf die Daten der Tochterunternehmen oder Beteiligungen. Ja, ich gebe Ihnen Recht, dass nicht immer alle Vorlagen der Verwaltung so früh, wie es aus Sicht der Politik erforderlich wäre, bei Ihnen vorliegen. Nichts ist so gut, dass es nicht verbessert werden könnte. Und in Zeiten, in denen Informationen scheinbar in Hülle und Fülle quasi per Knopfdruck abrufbar sind, ist es scheinbar unmöglich, darauf hinzuweisen, dass ihre Beschaffung und Prüfung mehr Zeit in Anspruch nehmen könnte.

Gerade in Bezug auf den Haushalt haben wir von Beginn an darauf gesetzt, Politik und die Bürger einzubinden. Auf der Stufe, die der Gesetzgeber dazu vorgesehen hat, ist das freilich nicht möglich. Also haben wir den Weg ausgebaut. Wir haben und wir werden Informationsveranstaltungen zum Thema Haushalt durchführen. Wir können zunehmend auf bessere Daten abstellen aus einem verbesserten Berichtswesen und aus vorangegangenen Jahresabschlüssen. Doch wir können nicht auf Knopfdruck rückgängig machen, was an strukturellen Entscheidungen auch mit Folgen für den Haushalt verbunden war. Die Dezentralisierung, die Ausgründung der Eigenbetriebe und die Gestaltung des Stadtkonzerns. Mit diesen Entscheidungen sind die entsprechenden Aufgaben zwar nicht aus dem finanziellen Verantwortungsbereich der Kommune verschwunden, aber nur noch in Summenbildung im Haushaltsplan enthalten. Um das Gesamtbild weiter im Auge zu halten, wird daher der Abgleich der verschiedenen Wirtschaftspläne und der verschiedenen Jahresabschlüsse, der Beteiligungsberichte und der Geschäftsberichte erforderlich.

Stellungnahmen der Finanzwirtschaft lagen vor. Auch auf die drohenden Risiken wurde und wird stets hingewiesen. Ob es um die Verlustübernahme des Theaters im Jahre 2011 ging, die Liquiditätssituation des Eurogress oder aber die sinkende Auskömmlichkeit des steuerlichen Querverbundes im Rahmen der EVA. Auch die Frage der Finanzierung des ÖPNV war mehrfach Grundlage entsprechender Hinweise seitens der Finanzsteuerung und auch des ersten Versuchs der Bürgerbeteiligung in Sachen Haushalt.

Die Piraten haben weitergehende umfangreiche Fragen angekündigt, nur zu. Wir werden Sie beantworten. Ich hoffe, es wird uns zumindest im Ansatz gelingen, Sie zu überzeugen: „es ist nie zu spät Vorurteile abzulegen“, - wie Henry David Thoreau sagte.

Zurück zur Auskömmlichkeit des steuerlichen Querverbundes in der EVA. Rückstellungen sind in der Ihnen jetzt vorliegenden Planung entsprechend der bestehenden vertraglichen Regelung auf die Höchstgrenze von 7 Mio. Euro jährlich angehoben worden.

Die Rahmenbedingungen für die Stadtwerke sind derzeit nicht darauf ausgerichtet höhere Gewinne zu erwirtschaften. Das Fehlen eines Kapazitätsmarktes ist ursächlich. Es muss eine politische Lösung für Kraftwerke geben. Aus Sicht der Energiewirtschaft sollte der Gesetzgeber deshalb schnellstmöglich die Grundlagen für die Einführung eines dezentralen Leistungsmarkts schaffen. Dieser beruht auf einem umfassenden Kapazitätsmarkt, der alle Anbieter von gesicherter Leistung umfasst. Dieser Forderung der Vorsitzenden der Hauptgeschäftsführung des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW), Hildegard Müller, kann man sich nur anschließen.

Die jüngsten Äußerungen des Bundeswirtschaftsministers, Sigmar Gabriel, lassen hoffen, dass hier zu Beginn des kommenden Jahres die entscheidenden Weichen gestellt werden. Dies wäre ein entscheidender Baustein für die Erholung des Stadtkonzerns. Der andere liegt in der transparenten und planungssicheren Ausgestaltung auch der gewünschten und bezahlbaren Leistungen des ÖPNV.

4. Dies meine Damen und Herren sind neben den weiteren Lasten aus der kontinuierlichen Fortentwicklung der U3 Betreuung, der Fortentwicklung der sozialen Leistungen, der kulturellen Aufgaben und sicher auch, das sei nicht übergangen, der Fortentwicklung des Sportpark Soers die wesentlichen Kriterien der steigenden Aufwendungen der Stadt Aachen.

Die Nähe zwischen Ertrag und Aufwand in seiner Tendenz zeigt überdeutlich, dass hier kein sicherer Korridor geschaffen wird, der haushalterische Entspannung erzeugen kann.

Natürlich könnte man zuwarten. Vielleicht fließen den Kommunen ja wirklich die Entlastungen aus dem Ende des Solidarpaktes zu - derzeit rd. 14 Mio. Euro jährlich. Vielleicht gelingt ja auch der unmittelbar die Kommunen begünstigende weitere Einstieg des Bundes in die Übernahme sozialer Lasten im Bereich der Eingliederungshilfe, vielleicht ... Und würde man diese Wenigeraufwendungen oder Kostenerstattungen einfach dem bisherigen Zahlenwerk zuschlagen, bräuchte man nichts zu tun, als die

Ergebnisse von heute zu halten und man könnte einem handlungsfähigen Haushalt gar nicht ausweichen.

Aber:

Zu viele haben ihren Appetit auf den zu verteilenden Kuchen schon bekundet. Und man darf sich nicht darauf verlassen, dass nicht auch weiter steigende Aufwendungen diesen möglichen Entlastungen gegenüberstehen.

Der Blick auf den städteregionalen Haushalt lohnt. Trotz der Entlastung von über 45 Mio. Euro aus der Bundesbeteiligung Grundsicherung sind die Sozialbelastungen gestiegen, die von den Kommunen zu tragen sind. Wer sagt uns denn, wo die weiteren Lasten im Flüchtlingsbereich oder aber der Mobilitätsentwicklung oder aber der Wirtschaftsförderung hinführen? Wer garantiert uns weiteres wirtschaftliches Wachstum?

Ein kluger Mann der Wirtschaft hat einmal gesagt: „Jeder, der glaubt, eine Wachstumsrate von mehr als 15 % pro Jahr sei auf Dauer erreichbar, sollte eine Karriere im Verkauf anstreben, aber eine in der Mathematik vermeiden“ (Warren Buffet amerik. Investor).

Und der Kern dieser Aussage gilt ohne Frage auch für niedriger anzusetzendes Wachstum. Andererseits hilft bereit gestelltes Geld allein auch nicht, es muss auch richtig genutzt werden.

Ohnehin bleibt für den Haushalt zu sagen:

Der Haushalt 2015 kann rechtlich diese erhofften und möglichen Verbesserungen ohnehin nicht aufnehmen.

Daher und aus den dargestellten Gründen, haben wir drei Punkte vorgegeben:

1. Um den sicheren Sockel der haushalterischen Handlungsfähigkeit zu erhalten, haben wir den eigenen Konsolidierungsweg mit einer neuerlichen planerischen Reduzierung der Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 2 Mio. Euro jährlich - angepasst an die Ergebnisse der vorliegenden Jahresabschlüsse - begleitet.
2. Etwas stärker abgebildet ist die durch eine ab 2016 einzuplanende Grundsteuerhebesatzerhöhung um 30 Punkte zu erzielende Ertragssteigerung in Höhe von rund 2,6 Mio. Euro jährlich. Wir gehören damit zu den 3/4 der Kommunen in Nordrhein-Westfalen, die planen ihre Steuern und Gebühren zu erhöhen.

3. Das der bisherigen freiwilligen Haushaltskonsolidierung zugrunde liegende Maßnahmenpaket soll abgelöst werden durch Einzelmaßnahmen und eine strukturierte Steuerung in folgenden Bereichen.
  - a.) Zielorientierte Personalentwicklung, das schließt auch eine Kostendeckelung der Eigenbetriebe im entsprechenden Umfang ein
  - b.) IT-Kosten unter Einbeziehung des kommunalen Dienstleisters
  - c.) Aufgaben/Flächenkritik
  - d.) Wettbewerbs- und Beratungskosten
  - e.) Verlustminimierung Stadtkonzern
  - f.) Erhöhung der Zweitwohnungsteuer
  - g.) Prüfung einer Wettbürosteuer
  - h.) Kreditoptimierung mit dem Ziel der nachhaltigen Sicherung der günstigen Zinskonditionen

Strukturierte Steuerung heißt auch hier ein entsprechendes Berichtswesen zu implementieren, dass im Rahmen der Finanzausschusssitzungen ebenso selbstverständlich wird, wie die Vorstellung der Quartalsberichte in den Ausschüssen der Eigenbetriebe.

Das erfordert auch die Zuarbeit der Produktverantwortlichen und die Unterstützung der Politik. Haushaltssicherung und Haushaltskonsolidierung dürfen nicht ein notwendiges mitzutragendes Übel sein, sondern Mittel zum Zweck einer zukunftsfähigen Stadt. Die Umsetzung der hier zu schaffenden Vorgaben müssen den Rahmen bilden für die qualitative und quantitative Realisierung operativer Vorgaben in der Sache.

Nicht jedes bereits jetzt entwickelte Formular wird in Form und Ausdruck sofort auf Ihre Zustimmung stoßen. Ich bin zuversichtlich, schöner geht immer, aber wir dürfen uns nicht verlieren in der Diskussion um die beste Darstellung, über die eine Information, die vielleicht nicht erfasst ist, sondern müssen mit dem anfangen, was wir können und es tun.

„Es ist besser unvollkommene Entscheidungen durchzuführen, als beständig nach vollkommenen Entscheidungen zu suchen, die es niemals geben wird“ (Charles de Gaulle). Oft verhindert die Debatte über das „Wie“ die notwendige Diskussion über den Inhalt.

Und der Inhalt wird schwer genug. Konsolidieren heißt nicht Sparen um des Sparens Willen.

Haushaltskonsolidierung braucht vielleicht auch Investitionen zur rechten Zeit, aber nur solche, die sich innerhalb eines Planungszeitraums rechnen.

Haushaltskonsolidierung bedeutet nicht mit gleichem Geld mehr schaffen.

Haushaltskonsolidierung kann bestenfalls bedeuten mit weniger Geld gleich viel schaffen.

Das schließt Veränderung nicht aus, im Gegenteil es wird sie erfordern, aber auch verbunden mit der Erkenntnis, dass man trotz aller Veränderung nicht alle Wünsche wird erfüllen können.

Ich würde mir wünschen, bei allen Dingen, die wir nicht oder noch nicht leisten können, doch auch die zu sehen, die geschafft worden sind.

Haushaltsrede  
Einbringung des Haushalts der Stadt Aachen  
für das Haushaltsjahr 2015

Meine Damen und Herren,

die Knappheit öffentlicher Kassen begleitet seit Seneca über Friedrich den Großen, Bismarck und Ludwig Erhard die Geschichte. Nur die Aufgabenvielfalt variiert und ist doch immer mit der gleichen Herausforderung verbunden.

Dahinter stehen immer zwei simple Tatsachen

1. „Kein Staat kann seinen Bürgern mehr geben, als er ihm vorher abgenommen hat“ (Ludwig Erhard).
2. Er muss entscheiden, wofür er das erhaltene Geld einsetzt.  
„Was man nicht braucht, ist mit einem Heller noch zu teuer bezahlt“ (Lucius Annaeus Seneca)

Dies gilt es zu beherzigen, so schmerzlich das auch im Einzelfall sein mag. Noch sind wir nicht an den Grenzen mancher Stärkungspakt Kommune angekommen. Dort beschließt man die Schließung von Stadtteilbüros, Bibliotheken, Schwimmbädern, Gebührenerhöhungen und vieles mehr. Wer glaubt, man könne diesem Sog entgehen, indem man immer und immer wieder allein die Effizienz eigenen Handelns hinterfragt, um sich Luft für ein mehr an Aufgaben zu verschaffen, irrt.

Man kann dem Esel nicht immer und immer mehr aufladen, wenn man immer nur besseres Futter gibt oder ein paar Hufeisen. Manchmal braucht es einen zweiten Esel, wenn man den nicht hat, muss man entscheiden, welche Lasten zuerst von ihm transportiert werden sollen.

Die Haushaltswirtschaftliche Sperre muss uns allen eine Warnung sein. Wie eng der diesjährige Verlauf ist, zeigt sich auch am Stand des Kassenkredits. Die Tageshöchstgrenze wird bei über 340 Mio. Euro liegen. Da ist nicht mehr viel Platz in Bezug auf die durch Haushaltssatzung genehmigte Summe aufzunehmender Kassenkredite, die sich auf 350 Mio. Euro beläuft.

Unter Berücksichtigung der kommenden Ein- und Auszahlungen ist es geboten, diese Ermächtigung auf vorsorglich 500 Mio. Euro zu erhöhen.

Insgesamt erreichen wir einen jahresbezogenen Gesamtschuldenstand, der fast dem einjährigen Aufwandsvolumen der Stadt entspricht. Das darin liegende Risiko ist offensichtlich!

Herr Oberbürgermeister,  
meine Damen und Herren,

die Kommune selbst muss ihren Beitrag leisten und sie muss dies konsequent tun, es kann nicht sein, dass ich erst einen gescheiterten Haushalt einbringen muss, bevor es uns gelingt, auch nach außen zu vermitteln: Stopp, auch die Stadt Aachen muss zunächst ihre Finanzen in Ordnung bringen.

„Das gefährlichste Möbelstück ist die lange Bank, das gefährlichste Instrument ist die alte Leier“, sagte der kaiserliche Prediger Johann Ulrich Megerle.

Der Haushalt sollte uns weder an das eine noch das andere erinnern.